



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 25. Februar 2014

P135500

Schriftliche Anfrage Danielle Kaufmann betreffend Auswirkung der Einführung des Sprachnachweises als Voraussetzung für den Erwerb des Bürgerrechts

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Im Jahr 2013 sind sowohl die Anzahl der ordentlich eingebürgerten Personen als auch die der entsprechenden Gesuchseingänge im Vergleich zu den beiden Vorjahren angestiegen. Die Gründe hierfür dürften unter anderem in der Herabsetzung der Wohnsitzfristen auf zwei Jahre sowie in der verstärkten Informationspolitik des Migrationsamts liegen. Die Auswirkungen der Sprachstandanalyse hingegen können rund eineinhalb Jahre nach ihrer Einführung nicht abschliessend beurteilt werden. Jedoch lassen die steigenden Einbürgerungszahlen bislang keine hemmende Wirkung erkennen. Des Weiteren fallen fehlende und mangelnde Schulbildung, Analphabetismus und Illiteralität nicht unter die körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen und stellen somit keinen Dispensgrund oder Grund für einen Nachteilsausgleich beim Test zur Sprachstandanalyse dar.

